

SPD Bremerhaven

**Miteinander
für
Bremerhaven**

Kommunalwahlprogramm der SPD Bremerhaven 2015 -2019

Miteinander für Bremerhaven	1
-----------------------------	---

Kapitel I

Für eine aktive Wirtschaftspolitik	3
------------------------------------	---

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik	10
-------------------------------------	----

Kapitel II

Chancengleichheit von Anfang an Bildungs- und Lebenschancen für alle	14
---	----

Mehr Bildung für alle	15
-----------------------	----

Gender	17
--------	----

Für ein Miteinander aller Generationen	18
--	----

Soziale Stadt	19
---------------	----

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	20
---	----

Gesundheit	21
------------	----

Teilhabe von Menschen mit Behinderung	22
---------------------------------------	----

Kapitel III

Stadtentwicklung	23
------------------	----

Kultur und Freizeit für junge Menschen in unserer Stadt	25
--	----

Straßen, Plätze, Parks und Wiederherstellung von historischen Gebäuden in den Stadtteilen	25
---	----

Radfahrwege und Radfahren in den Stadtteilen	26
---	----

Wohnungspolitik	27
-----------------	----

Umweltschutz	27
--------------	----

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)	28
Öffentliche Verwaltung/ Dienstleistungen	29
Polizei	30
Justiz	31
Feuerwehr	31
Starker Sport – starke Stadt	32
Kunst und Kultur in Bremerhaven	32
Finanzen	34

Miteinander für Bremerhaven

Unsere Seestadt hat sich auch in den letzten vier Jahren wieder positiv weiterentwickelt. Keine zweite Stadt der Größe Bremerhavens hat sich im vergangenen Jahrzehnt so zum Besseren verändert.

Der eingeleitete Strukturwandel ist für unsere Stadt mit ihren wirtschaftlichen Standbeinen Hafen-, Fisch- und Lebensmittelwirtschaft, Werften, Windenergie und Tourismus eine große Erfolgsgeschichte. Aber auch die kleinen Betriebe und besonders das Handwerk leisten mit ihren hohen Ausbildungszahlen einen wichtigen Beitrag zum Erfolg. Seit 2005 konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bremerhaven von rund 41.700 um rund 17 Prozent auf 48.700 gesteigert werden.

Mit dem Deutschen Auswandererhaus und dem Klimahaus 8° Ost ist Bremerhaven endgültig zu einer festen Größe im deutschen Städtetourismus geworden. Durch die „Havenwelten Bremerhaven“ und die damit ausgelösten positiven Veränderungen in der Stadtmitte, hat Bremerhaven weit über die Region hinaus an Aufmerksamkeit gewonnen. Dies ist an der steigenden Zahl der Touristen deutlich abzulesen.

Die Offshore-Windenergie-Industrie ist ein wichtiger Treiber für die industrielle Entwicklung Bremerhavens. Darüber täuscht auch die Delle nicht hinweg, die als Folge der desaströsen Politik der ehemaligen Bundesregierung von CDU und FDP entstanden ist. Die SPD hat in der amtierenden Bundesregierung wieder für einen klaren Rahmen für die Offshore-Windenergie gesorgt. Das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) setzt den Rahmen für Investitionen in die Offshore-Windindustrie und schafft damit neue Arbeitsplätze. Für uns SozialdemokratInnen ist dabei von besonderer Bedeutung, dass es sich um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze handelt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Anteil von Frauen an diesen Industriearbeitsplätzen gesteigert wird.

Dennoch: Trotz dieser Entwicklungen bleibt die Arbeitslosigkeit mit 14 Prozent immer noch zu hoch. Den Betroffenen wieder eine Perspektive zu eröffnen und sie in Lohn und Brot zu bringen, ist daher die vordringlichste Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Gesellschaftliche Teilhabe und sozialer Aufstieg in der Gesellschaft gehen nur über Bildung – auch schon der Kleinsten – Ausbildung und Arbeit.

Auch im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen gab es erhebliche Fortschritte. Das Angebot von Krippen- und Kindergartenplätzen wurde ausgebaut. Die Lebensqualität hat sich in vielen Bereichen zwar nachhaltig verbessert; dennoch gibt es für die Zukunft noch große Herausforderungen.

Mit dem Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) haben die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt selbstständig entschieden, welche Projekte in ihren Stadtteilen im Sinne des Gemeinwohls umgesetzt werden sollten. Durch die Verabschiedung des Teilhabepflichtplans „Eine Stadt für alle“ haben wir die Grundlage geschaffen, dass behinderte Menschen in unserer Stadt künftig in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichgestellt werden.

Finanzielle Handlungsfähigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit. Damit Spielräume zur Umsetzung unserer politischen Ziele

erhalten bleiben und geschaffen werden können, müssen wir den erfolgreich eingeschlagenen Weg des Strukturwandels in Bremerhaven fortsetzen.

Bremerhaven hat sich im Verbund mit Bremen dazu verpflichtet, die jährliche Neuverschuldung schrittweise bis 2020 auf Null zu reduzieren. Die Schuldenbremse in der Landesverfassung ab dem Jahr 2020 steckt unserer Politik einen weiteren Rahmen. Gleichzeitig ist es ein großer Erfolg der SPD, dass das Prinzip „wer bestellt, bezahlt auch“ in der Landesverfassung verankert werden konnte. Zukünftig muss das Land Bremen inhaltliche Rahmensetzungen auch mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung unterlegen.

Einschnitte im Haushalt werden angesichts des Spardrucks in den nächsten Jahren unvermeidlich sein. Doch sie dürfen nicht dazu führen, dass wir unsere Stadt kaputt sparen.

KAPITEL I

Für eine aktive Wirtschaftspolitik

Die Investitionen, die unter sozialdemokratischer Regierungsmitverantwortung in den letzten 10 Jahren in die Wirtschaftsstruktur in Bremerhaven getätigt wurden, machen sich bezahlt. Die Hafenanbindung ist auf einem guten Weg, sie wird sowohl auf der Schiene als auch im Bereich der Straße (Cherbourger Tunnel) verbessert.

In den Havenwelten haben die touristischen Attraktionen private Investitionen nach sich gezogen. Im Süden der Stadt entstehen im Zusammenhang mit dem geplanten Offshore-Terminal aktuell große und gut angebundene Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Luneort und auch auf der Luneplate.

IKEA hat sich für den Standort Bremerhaven entschieden, die Stadt konnte für den Bau sehr schnell eine Baugenehmigung erteilen. Jetzt gilt es, die durch IKEA zusätzlich in die Stadt kommenden Gäste über die weiteren Attraktionen Bremerhavens zu informieren und nach dem Einkauf nicht zur Heimfahrt, sondern zu einem Besuch des Schaufensters Fischereihafen und/oder der „Havenwelten Bremerhaven“ zu motivieren.

Bremerhaven ist seit einigen Jahren wieder eine wachsende Stadt. Die Einwohnerzahl nimmt stetig zu. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner ist jedoch nicht in dem Maße gestiegen, wie sich die Zahl der Beschäftigten nach oben entwickelt hat. Es gilt Bremerhaven weiter als attraktiven Wohnstandort zu gestalten, um noch mehr neue Einwohnerinnen und Einwohner zu gewinnen.

Die in Bremerhaven ansässigen Handwerks- und Handelsbetriebe sind eine sehr wichtige Säule der hiesigen Wirtschaft. Klein- und Mittelbetriebe prägen diese Bereiche. Zu den Zielsetzungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gehört deshalb die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe durch Beratung und die Unterstützung bei Existenzgründungen.

Bildung und existenzsichernde Arbeit sind der Schlüssel zu gesellschaftlichem Aufstieg und Teilhabe. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt unsere vorrangige politische Aufgabe, denn die Stadt Bremerhaven hat immer noch zu viele Langzeitarbeitslose.

Der Motor zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze bleibt eine aktive Wirtschaftspolitik und gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Kommunale Arbeitsmarktpolitik muss sich auf die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt konzentrieren und kann Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik nur ergänzen und unterstützen, nicht ersetzen. Bremerhaven befindet sich in einer Phase der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung, nachdem seit dem Jahr 1999 entscheidende wirtschaftsstrukturelle Weichen für einen positiven Strukturwandel gestellt wurden. Bremerhaven hat sich ein authentisches und scharfes Standortprofil gegeben; dieses zeigt sich insbesondere in der Konzentration auf folgende wirtschaftliche Schwerpunktbranchen:

- Hafenwirtschaft/Umschlagsunternehmen
- Offshore-Windenergie
- Fisch- und Lebensmittelwirtschaft

- Maritime Wirtschaft und Werften
- Forschung und Entwicklung/Wissenschaftliche Dienstleistungen
- Maritimer Städtetourismus
- Green Economy

Eine vordringliche Aufgabe weiterer Standortentwicklung bleibt es über die Schaffung weiterer Arbeitsplätze, Bremerhaven auch als Wohn- und Lebensraum noch interessanter zu machen. Wir werden das Profil unserer Stadt intensiv im Rahmen des Standort-, Stadt- und Tourismusmarketings überregional positionieren.

1. Hafenwirtschaft/ Umschlagsunternehmen

Neben der Konsolidierung und dem weiteren Ausbau der Umschlagsvolumina im Automobil- und Containerbereich gilt es für die Umschlagsunternehmen weitere Branchen und Umschlagsgüter für den Standort Bremerhaven zu akquirieren. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Windenergieanlagenumschlags aber ebenso für weitere Schwerlastgüter.

Die Anbindung des Container- und Automobilterminals an die BAB 27, ohne Störung durch den innerstädtischen Nord-/Südverkehr, genießt Priorität. Der Cherbourger Tunnel, über den in dieser Stadt lange diskutiert worden ist, befindet sich im Bau.

Verstopfte Straßen und Engpässe sind keine gute Visitenkarte für Hafenumschlag. Daher haben wir frühzeitig auf Investitionen in unsere Hafeninfrastruktur mit dem Ausbau von Containerterminal und Schleusen, der leistungsfähigen Anbindung durch den Cherbourger Tunnel und den Ausbau der Hafeneisenbahn gesetzt. Diese Investitionen dienen der langfristigen Absicherung der Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft.

Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung wird deutlich, dass die Flächenreserven im Industriegebiet LogInPort ab 2025 aufgezehrt sein werden. Daher wollen wir frühzeitig weitere Gewerbeflächen ggf. auch nördlich von Bremerhaven mit den Nachbarkommunen im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit erschließen.

2. Offshore-Windenergie

Die Windenergie auf See soll 6,5 Gigawatt installierte Leistung im Jahr 2020 und 15 Gigawatt im Jahr 2030 erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes mit hohem Tempo umgesetzt. Das schafft Investitionssicherheit – nicht nur auf Seiten der Energiewirtschaft, sondern auch den Zulieferern und Dienstleistern der maritimen Wirtschaft. Die drei großen Windenergieunternehmen beschäftigten bereits über 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Bremerhaven.

Um neue Arbeitsplätze zu schaffen soll die Ansiedlung neuer Unternehmen unterstützt werden. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten führt dazu, dass der Standort Bremerhaven auch für Zulieferer von kleineren Komponenten interessant wird. Wir wollen diese Ansiedlungen unterstützen. Für die Expansion der bereits angesiedelten Unternehmen, aber auch für die Ansiedlung weiterer Unternehmen ist es zwingend

notwendig und kurzfristig erforderlich, dass im südlichen Bremerhaven/Fischereihafen (Luneort) weitere Gewerbeflächen infrastrukturell erschlossen werden, so dass den ansiedlungsinteressierten Unternehmen auch tatsächlich Gewerbeflächen angeboten werden können. Die Mittel stehen zur Verfügung, die Erschließungsarbeiten laufen.

Neben der Erschließung im Bereich Luneort sind die Erschließungsplanungen auf der Luneplate und hinter dem Offshore-Terminal weiter vorangetrieben worden. Bei der Produktion der Anlagen kommt der Lösung der logistischen Herausforderung eine zentrale Bedeutung zu. Wichtiger Baustein hierbei ist das Offshore-Terminal vor den Schleusen am seeschifftiefen Wasser, um die breiten Installationsschiffe und die überbreiten Komponenten vormontieren und umschlagen zu können. Die Planungen sind in Bremerhaven weiter zügig voranzutreiben, so dass 2015 mit einem Planfeststellungsbeschluss das Planungsverfahren abgeschlossen werden kann. Parallel wird bereits die Ausschreibung eines privaten Betreibers des Terminals durchgeführt. Der Offshore-Hafen genießt Priorität. Auch die Flächen des Flugplatzes bieten hervorragende Standortbedingungen für hafennahe produzierendes Gewerbe.

3. Fisch- und Lebensmittelwirtschaft

Der Fischereihafen ist Bremerhavens größtes und wichtigstes Gewerbegebiet. Kernbranche und wichtigster Arbeitgeber im Fischereihafen ist die Lebensmittelwirtschaft mit dem Schwerpunkt Fischwirtschaft. Die Spannbreite dieses Wirtschaftszweiges ist geprägt von handwerklichen Kleinbetrieben bis hin zu großen international agierenden Verarbeitungsunternehmen. Unschätzbare Vorteil dieser Branche ist die enge Vernetzung untereinander sowie mit den am Standort angesiedelten Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben.

Die Lebensmittelbranche verfügt über eine hohe Innovationsfähigkeit und qualitativ hochwertige Produkte. Sie zeichnet sich aus durch eine stabile Wettbewerbsposition und ihren engagierten Einsatz für nachhaltige Fischerei und Schonung der Umwelt. Um den Lebensmittelstandort auf diesem hohen qualitativen Niveau zu halten, sind die Rahmenbedingungen durch Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsstrukturpolitik auch künftig positiv zu gestalten, damit die Unternehmen dem Standort die Treue halten. Dabei ist die enge Kooperation der Fischereihafenbetriebsgesellschaft mit der BIS weiter zu vertiefen.

Durch die Schaffung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen zwischen den lokalen Forschungs- und Entwicklungsanbietern (FuE) wie beispielsweise dem ttz (Technologie-Transferzentrum), der Hochschule mit dem Studiengang Lebensmitteltechnologie sowie dem Biotechnologiezentrum Bio Nord und dem produzierenden Gewerbe im Fischereihafen soll das Innovationspotenzial durch Technologietransfer verstärkt werden.

Das „Schaufenster Fischereihafen“ hat eine wichtige Funktion bei der Vermittlung des Standortes als europaweit bedeutendstes Zentrum der Lebensmittel-/Fischverarbeitung. Das Profil des Standortes mit seinem Alleinstellungsmerkmal „Fisch“ muss durch eine an den Besucherinteressen und Anforderungen angemessene Neukonzeption und Reattraktivierung des Forums Fischbahnhof gestärkt werden. Mit dem Seefischkochstudio und dem Ausstellungsbereich „Expedition Nordmeer – Fischereiwelten Bremerhaven“ sind weitere touristische Leuchttürme entstanden. Mit der Investition der Firma Nordsee in ein neues Verwaltungsgebäude sowie der Ansiedlung des Hamburger von-Thünen-Fischerei-Forschungsinstitutes mit bis zu 150

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewinnt der Standort Fischereihafen noch mehr an Kompetenz und Bedeutung, die sich durch eine „gläserne Produktion“ rund um das Thema „Fisch“ hervorragend zur Verstärkung des Alleinstellungsmerkmals ergänzen lassen.

Die Entwicklung vom Kopfende des Fischereihafen I bis zu den ehemaligen Eiswerken und dem Von-Thünen-Institut sowie dem Pust-Platz ist durch städtebauliche Planung unter Bürgerbeteiligung, sowie durch gezielte Ansiedlungen mit interessanter Erdgeschossnutzung zu forcieren. Auf Bundes- und europäischer Ebene sollen die Erfolg versprechenden Ansätze einer nachhaltigen Fischereipolitik unterstützt werden.

4. Maritime Wirtschaft und Werften

Der Werftenstandort Bremerhaven hat sich nach schweren Zeiten mit Erfolg erholt. Die Unternehmen Lloyd Werft, German Dry Docks, Bredo, Motorenwerke AG, sowie die Betriebe der Rönner-Gruppe haben sich zu einem Fertigbau-, Spezialschiffbau-, Umbau-, Reparatur-, Wartungs- und Servicestandort umstrukturiert.

Mit ihren vielfältigen Dock-Kapazitäten stellen sie einen der größten Werftenstandorte in Nordeuropa dar. Die Unternehmen, die in der Offshore-Branche tätig sind und die Reedereien der Umschlagsbetriebe, werden zunehmend zu einem wichtigen Auftraggeber und Kooperationspartner der Bremerhavener Werften.

Die vorhandenen Reparatur- und Wartungswerften bieten die ideale Basis für die Instandhaltung der Service-Flotte für die Offshore-Windparks. Zur Stärkung und Absicherung der Arbeitsplätze des Werftenstandortes Bremerhaven und zur Unterstützung privatwirtschaftlicher Investitionen werden wir die erforderlichen Maßnahmen wie beispielsweise die Kajensanierung begleiten.

5. Forschung und Entwicklung/Wissenschaftliche Dienstleistungen

Bremerhaven verfügt mittlerweile mit dem AWI (Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung), der stetig wachsenden und sich immer stärker auch überregional profilierenden Hochschule Bremerhaven, dem IWES (Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik), dem ttz, dem ZAF (Zentrum für Aquakulturforschung), dem Deutschen Schifffahrtsmuseum, dem ISL (Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik) und demnächst dem von-Thünen-Institut für Seefischerei und Fischereiökologie über eine beeindruckende Forschungs- und Entwicklungslandschaft.

Um diese Institute herum haben sich junge, technologieorientierte Ausgründungen und Dienstleister für die Institute in den Technologiezentren TIMEPort, Bio Nord, Windhaus sowie maritime FuE-Meile angesiedelt. Nach der sehr dynamischen Entwicklung der wissenschaftlichen Einrichtungen in Bremerhaven gilt es, die Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in Bremerhaven überregional stärker zu kommunizieren um diese weiter zu stärken und auszubauen.

Dies gilt insbesondere für die Hochschule Bremerhaven, deren Wachstumspotentiale zu fördern sind. Eine Hochschule mit einer stetig steigenden Studierendenzahl wird folgende Effekte haben:

- Positive Einwohnerentwicklung in Bremerhaven

- Nachfrage nach Wohnraum, konsumtive Nachfrage
- Veränderung des Altersdurchschnittes in Bremerhaven
- Entwicklung einer jüngeren und kulturell aktiven „Szene“
- Verbesserung des Arbeitskräfteangebotes für die in Bremerhaven ansässigen und ansiedlungswilligen Unternehmen

Im Rahmen der Weiterentwicklung der FuE-Meile „rund um den Handelshafen“ werden wir prüfen, ob die Ausweitung des Areals in der Klußmannstraße mit einem AWI-Gästehaus für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch mit den Wohnbedürfnissen von Studentinnen und Studenten in Einklang zu bringen ist.

Eine weitere Aufgabe besteht in der noch engeren Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um den Technologietransfer in die Region zu verstetigen und zu intensivieren.

6. Maritimer Städtetourismus

In Bremerhaven hat sich in den letzten Jahren eine Menge bewegt: Während die Stadt früher fast ausschließlich mit Fischerei und Schiffbau in Verbindung gebracht wurde, steht unsere Seestadt heute für eine breit gefächerte Vielfalt.

Wir sind Stadt der Wissenschaft- und Klimastadt, die Stadt des Deutschen Auswandererhauses, Heimat der Fischtown Pinguins und der Eisbären sowie ein maritimes Handelstor zur Welt. Bremerhaven bewältigt den Strukturwandel und verändert sein Image. Der Tourismus ist dabei von besonderer Bedeutung.

Großveranstaltungen wie die Sail Bremerhaven 2015, die Nationale Maritime Konferenz, der Deutsche Tourismustag, die 150-Jahr-Feier der DGzRS sowie die Entwicklung Bremerhavens als Schiffstauflplatz werden das Image unserer Seestadt nachhaltig verbessern.

Bremerhaven lebt auch von seinen Besucherinnen und Besuchern. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden auch weiterhin mit Augenmaß investieren in eine Stadt, die lebens- und liebenswert ist – für unsere Gäste, aber auch für uns selbst.

Die aus öffentlichen Mitteln finanzierten „Havenwelten Bremerhaven“ waren und sind für Bremerhaven ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie erfüllen die Forderung nach authentischer Ausrichtung, sind vorwiegend maritim geprägt und auf Nachhaltigkeit angelegt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns auch weiterhin für einen stetig wachsenden und anhaltenden Tourismus einsetzen und ein großes Augenmerk auf den Bereich „Havenwelten Bremerhaven“ richten. Ein gut ausgebauter und zukunftsweisender Tourismus ist aus Sicht der SPD unerlässlich.

Aus diesem Grund wird die SPD für die nächste Wahlperiode besondere Schwerpunkte bei der Umsetzung des Tourismuskonzeptes Bremerhaven 2020 setzen:

- stetige Pflege, Instandhaltung und Modernisierung der „Havenwelten“ und der Fußgängerzone.
- Schaffung einer Anbindung des Hans-Scharoun-Platzes, des Deutschen Schiffahrtsmuseums und des Museumshafens Alter Hafen an die Havenwelten.
- Ausbau der Barrierefreiheit im gesamten Tourismusbereich. Hierzu gehören neben den „Havenwelten“ auch die Bereiche Fußgängerzone, Fischereihafen sowie das gesamte Stadtgebiet. Dabei ist auch angesichts der demografischen Veränderungen ein umfassendes Angebot für barrierefreien Tourismus als Qualitätsmerkmal für Bremerhaven zu entwickeln.
- Erhalt und Weiterentwicklung von maritimen Großprojekten wie die „Sail Bremerhaven“ und die „Bremerhavener Festwoche“.
- Intensivierung des touristischen Marketings, um die touristischen Attraktionen auch weiterhin überregional vermarkten zu können.
- Erneuerung sowie die Aktualisierung der im gesamten Stadtgebiet befindlichen Info-Stelen, die als Leitsystem dienen und Informationen zu touristischen Zielen beinhalten.
- Weiterentwicklung des Kreuzfahrtterminals und Erschließung der Potentiale des Kreuzfahrttourismus durch eine enge Verzahnung von bremen ports, Columbus Cruise Center und der Stadt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für die Bereitstellung einer attraktiven und gepflegten Besuchergalerie, in der die Schiffstaupe zum Erlebnis wird, ein.

Um die „Havenwelten Bremerhaven“ attraktiv und interessant zu halten sowie gesetzte Ziele voranzutreiben werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine Finanzierung durch Private, aus EU-, Landes- sowie aus kommunalen Haushaltsmitteln einsetzen.

Mit dem Klimahaus, dem Deutschen Auswandererhaus, dem Deutschen Schiffahrtsmuseum, dem Historischen Museum und dem Zoo am Meer bietet Bremerhaven attraktive und zugleich wissenschaftlich fundierte Unterhaltung auf hohem Niveau, die insbesondere auch Bildungsreisende anspricht.

Auf diese Zielgruppe soll in Zukunft ein noch stärkerer Fokus gelegt werden. Dazu ist es unerlässlich, die Attraktionen durch Pflege und Wartung aber auch durch Reattraktivierungen auf diesem hohen Niveau zu halten.

Verträge mit privaten Betreibern sind so auszugestalten, dass größere Beiträge für die Weiterentwicklung der Einrichtungen generiert werden können. Die Zielgruppe „Familie“ wird in den nächsten Jahren außerdem ein wichtiger Schwerpunkt des Tourismusmarketings sein.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden deshalb die Familienfreundlichkeit weiter forcieren und spezifische Angebote entwickeln.

Deutsches Auswandererhaus:

Das Deutsche Auswandererhaus hat seit seiner Eröffnung im Jahr 2005 eine sehr positive Besucherbilanz. Es hat sich mit unserer Unterstützung zu einem kompetenten Zentrum für Migration, Auswanderung aber auch Einwanderung entwickelt. Das Deutsche Auswandererhaus hat sich auf den Weg gemacht, eine wissenschaftliche Einrichtung mit dem Schwerpunkt „Migration und Einwanderung“ zu werden. Auf diesem Weg ist das Deutsche Auswandererhaus zu unterstützen, denn es hat das Potenzial, sich zu einer eigenständigen und überregional anerkannten Wissenschaftseinrichtung zu formen. Da uns das Thema Migration in den nächsten Jahrzehnten weiter beschäftigen wird, ist diese thematische Ausrichtung nachhaltig.

Klimahaus:

Das Klimahaus als der touristische Magnet der Havenwelten hat im Jahr 2014 mit dem „Offshore Center - Meer Wind Energie“ eine Reattraktivierung erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass in den folgenden Jahren im Bereich der Elemente eine Attraktivitätssteigerung durch die Themengebiete „Extremwetterereignisse und Naturphänomene“ unter Beteiligung Privater umgesetzt werden kann.

Deutsches Schifffahrtsmuseum:

Als eines der acht deutschen Forschungsmuseen der Leibnitz-Gemeinschaft ist das Deutsche Schifffahrtsmuseum von besonderer Bedeutung. Durch die positive Evaluierung im vergangenen Jahr hat das Museum die Bestätigung bekommen, sich bei der bereits eingeleiteten notwendigen Neuausrichtung des Hauses auf dem richtigen Weg zu befinden. Wir haben gemeinsam mit dem Senat erreicht, dass die finanziellen Mittel für die Sanierung des Scharoun-Bauwerks, die Anbindung an den Deich sowie den Neubau bereitgestellt werden. Um die wissenschaftliche Arbeit zu stärken und die Attraktivität für die Besucher zu erhöhen, werden wir uns auch künftig für die Weiterentwicklung des Deutschen Schifffahrtsmuseums einsetzen und die Umsetzung der weiteren Bauabschnitte des Masterplans unterstützen.

Vernetzung der „Havenwelten Bremerhaven“

Mit dem Tourismus eng verbunden ist das Einkaufen als Reiseanlass. Insofern gilt es, die Innenstadt durch entsprechende Querverbindungen noch stärker mit den „Havenwelten Bremerhaven“ zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine städtebauliche Entwicklung im Bereich der nördlichen Innenstadt ein, die sowohl attraktive Einzelhandels- und Büroflächen als auch Platz für touristische Kundenströme schafft und damit auch zu einer Stärkung des Warenhauses Karstadt führen kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns zudem für eine bessere Vernetzung der Havenwelten mit dem Quartier „Alte Bürger“ in Richtung Geestemünde bis zum Schaufenster Fischereihafen und zum Kreuzfahrtterminal ein.

Green Economy

Der stetige Strukturwandel erfordert es immer wieder, neue Wachstumsfelder und Wachstumsbranchen zu identifizieren, auf denen sich Bremerhaven erfolgreich

positionieren kann. Vor 15 Jahren ist in diesem Sinne die Offshore-Windenergie aufgegriffen und an den Standort gebunden worden.

Die Offshore-Windenergie ist ein Bestandteil eines größeren Branchenverbundes: der Green Economy. Hierbei unterscheidet man zwischen Unternehmen, die Produkte der Umwelttechnologie herstellen (Green Tech) wie zum Beispiel Offshore-Windkraftanlagen, Filteranlagen etc. Ein weiterer Bestandteil dieser Branche ist die so genannte Green Transformation, das heißt Unternehmen, die nicht direkt Umweltschutzprodukte herstellen, aber sich zum Ziel gesetzt haben, in ihren Produktionsprozessen immer umweltfreundlicher und nachhaltiger zu werden.

Ein Beispiel aus Bremerhaven ist hierfür die Firma FROSTA AG, die sich mit dem Reinheitsgebot und dem Ziel, einen immer kleineren CO²-Fußabdruck zu erzeugen, auf den Weg der Green Transformation gemacht hat.

Diese Branche hat nach Expertenprognosen ein erhebliches Wachstumspotenzial und Deutschland ist in diesem Bereich bereits Technologie- und Marktführer. Die Branche ist stark exportorientiert und hat einen besonderen Schwerpunkt im Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus.

Mit ihrer Profilierung als Klimastadt, als Standort des Klimahauses, als Forschungs- und Kompetenzzentrum für Klimaschutz (Alfred-Wegener-Institut, Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik) und nicht zuletzt als führender Standort der europäischen Offshore-Windindustrie hat sich Bremerhaven bereits überregional sehr positiv als Standort der Green Economy profiliert. Durch gezielte Anwendung der Instrumente der Wirtschaftsförderung soll dieser Prozess fortgeführt werden. So setzen wir uns für die Schaffung eines Gewerbegebietes in unmittelbarer Nähe zur Kompensationsmaßnahme Luneplate unter Berücksichtigung besonderer Natur- und Umweltschutzauflagen einschließlich der Entwicklung von Anreizsystemen für ansiedelnde Unternehmen für einen umweltschonenden Betrieb ein.

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Mit Jugendberufsagentur und Ausbildungsgarantie: Alle haben ein Recht auf Chancen!

Kein junger Mensch soll nach der Schule unversorgt bleiben und alle werden gebraucht. Deshalb wollen wir mit der Jugendberufsagentur und der Ausbildungsgarantie dafür sorgen, dass jeder junge Mensch nach der Schule entweder ein Ausbildungsangebot oder ein weiterführendes Angebot mit dem Ziel einer Berufsausbildung erhält. Ausbildung sichert Zukunft!

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Der Abbau der Arbeitslosigkeit fiel in Bremerhaven im Vergleich zum Bund unterdurchschnittlich aus. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache für Armut und soziale Ausgrenzung. Trotz guter Wirtschaftslage gibt es in Bremerhaven eine Gruppe von Menschen mit verfestigter Arbeitslosigkeit, deren Integration in den regulären Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht gelingen kann.

Da auf Grund vieler Problemlagen der Arbeitslosen eine Beschäftigung zur Zielerreichung allein nicht ausreicht, sind entsprechende Begleitmaßnahmen zu entwickeln und zu finanzieren.

Wir wollen das kommunale Arbeitsmarktprogramm in Bremerhaven fortsetzen. Für eine nachhaltige Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, von der Bremerhaven immer noch besonders betroffen ist, sind auch weiterhin zielgruppenspezifische Programme sowie eine enge Verknüpfung von kommunalen und landespolitischen Initiativen erforderlich.

Die Weiterentwicklung unserer arbeitsmarktpolitischen Programme in Bremerhaven wollen wir gemeinsam mit den Trägern der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gestalten. Wir streben eine Reorganisation der vorhandenen Strukturen für die Träger unter öffentlichem Einfluss an, um die knapper werdenden Mittel noch gezielter einsetzen zu können und unsere Strukturen leistungsfähig weiterzuentwickeln.

Die sozialräumliche Ausrichtung von Projekten in sozialen Brennpunkten für arbeitsmarktferne Menschen, die mit Mitteln der öffentlich geförderten Beschäftigung finanziert werden, sollen bei einer verstärkten Ausrichtung auf arbeitsfördernde und berufsqualifizierende Ziele fortgesetzt werden.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Förderung der Chancengleichheit benachteiligter Zielgruppen des Arbeitsmarktes. Dazu gehören insbesondere Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehende, Ältere und Langzeitarbeitslose ohne Schul- und/ oder Berufsabschluss. Abschlussbezogene Qualifizierung, Unterstützung von Ausbildung und Maßnahmen der Beschäftigungsförderung fördern die Integration in existenzsichernde Arbeit, gute Ausbildung und tariflich abgesicherte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Auch der Fortbestand der Stadtteilberatungszentren in drei benachteiligten Quartieren muss abgesichert werden, da sie maßgeblich zur Zielsetzung der individuellen Qualifizierung beitragen. Die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können ist eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung Bremerhavens verbunden. Hier muss die Wirtschaftsförderung des Landes und der Stadt einsetzen.

Möglichkeiten der Kurzarbeit erhalten und verbessern

Gerade in Bremerhaven hat sich die Kurzarbeit als Instrument zur Arbeitsplatzsicherung in vorübergehenden Krisenzeiten sehr bewährt.

Von der Verbindung der Kurzarbeit mit Maßnahmen der Weiterqualifizierung wurde insbesondere in der für Bremerhaven perspektivisch weiterhin existentiell wichtigen Windindustrie, Gebrauch gemacht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeiten für

Kurzarbeit erhalten und verbessert werden und erwarten vom Land ein entsprechendes Engagement auf Bundesebene.

Fachkräftebedarf

Gerade für die für Bremerhaven so wichtige Windindustrie, aber auch für den Schiffbau und die Nahrungsmittelindustrie gilt: Ein starker Wirtschaftsstandort braucht vor allem gut qualifizierte Arbeitnehmer. Neben der Verpflichtung der Wirtschaft durch Ausbildung selbst zur Sicherung des eigenen Fachkräftebedarfs beizutragen, wollen wir mit den Instrumenten Ausbildungsgarantie und Jugendberufsagentur auch dazu beitragen, ein besseres „Matching“ zu erreichen. Daneben gilt für die notwendige Gewinnung von auswärtigen Fachkräften, dass dies umso erfolgreicher ist, wenn Bremerhaven die Verbindung von guten Arbeitsbedingungen mit einer hohen Lebens- und Standortqualität sicherstellt.

Gleichstellung

Festgefahrene Geschlechterbilder, die bei der Berufswahl dazu führen, dass es immer noch typische „Frauen“- und „Männerberufe“ gibt, wollen wir aktiv aufbrechen und junge Frauen und Männer bereits bei der Berufsorientierung in der Schule dazu ermutigen, ihre Entscheidungen zur Berufswahl frei von Geschlechterbildern zu treffen.

Den beruflichen Wiedereinstiegschancen von Frauen wollen wir eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Gerade vor dem Hintergrund des bestehenden und größer werdenden Bedarfs an gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist dies – verbunden mit Maßnahmen der Weiterbildung und -qualifizierung – ein zentraler Bestandteil der Fachkräftestrategie. Wir wollen die Anzahl von Frauenarbeitsplätzen erhöhen und die Existenzgründungen von Frauen ausweiten. Dafür werden wir die positiven Erfahrungen und Ergebnisse der Frauenberatungsstellen nutzen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie aber auch um dem zunehmenden Bedarf nach flexiblen Arbeitszeitmodellen zu entsprechen, muss es vielfältige Arbeitszeitmodelle u.a. auch in Teilzeit geben. Hier gilt es aber darauf zu achten, dass sich diese nicht zu einem Nachteil für den beruflichen Aufstieg erweisen.

Für eine gerechte Arbeitswelt!

Die betriebliche Mitbestimmung ist eine elementare Säule unseres erfolgreichen Wirtschaftssystems und wir wissen um die bedeutsame Rolle der Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Funktion als Tarif- und Sozialpartner.

Wir werden auch weiterhin im öffentlichen Dienst auf sachgrundlose Befristungen verzichten und uns dafür einsetzen, diese Beschäftigungsverhältnisse auf Bundesebene abzuschaffen. Darüber hinaus wollen wir, wo möglich, auch auf Befristungen mit Sachgrund verzichten.

Die Stadt Bremerhaven hat auch als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion. Wir wollen, dass Bremerhaven eine Stadt der „Guten Arbeit“ ist, in der weiter auf betriebsbedingte

Kündigungen und sachgrundlose Befristungen verzichtet wird und Leiharbeit und Werkverträge nicht zur Regel werden.

Wir brauchen Unternehmen, die sich dem Prinzip der „Guten Arbeit“ mit Mindestlohn, Tarifbindung, gleicher Bezahlung von Frauen und Männern, Verzicht auf sachgrundlose Befristungen und dem Einsatz von Leiharbeit nur zur Spitzenabdeckung sowie dem Verzicht auf Werkverträge als Lohndumpinginstrument verpflichten.

Dazu soll das Bremische Tariftreuegesetz weiter entwickelt werden. Der Arbeitsmarkt braucht Regeln wie z.B. Einhaltung von Arbeitnehmerschutzrechten.

Die Einhaltung von vorhandenen Regeln muss kontrolliert werden. Dazu werden wir die Kontrollquote bei der Vergabe öffentlicher Aufträge deutlich verbessern.

Die Einhaltung dieser Kriterien sollen bei der Vergabe von städtischen Aufträgen berücksichtigt und kontrolliert werden.

Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung für behinderte Menschen

Ziel ist es, dass in der Stadt Bremerhaven behinderte Menschen gemeinsam mit nicht behinderten Menschen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes arbeiten. Der Übergang von Schule in das Arbeitsleben und die berufliche Ausbildung sind an den persönlichen Stärken und Zielen ausgerichtet und berücksichtigen auch die Beeinträchtigungen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber werden von kompetenten Stellen beraten und unterstützt. Die konkreten Maßnahmen richten sich auch nach dem für Bremerhaven beschlossenen Teilhabeplan „Eine Stadt für alle“ für behinderte Menschen.

KAPITEL II

Chancengleichheit von Anfang an - Bildungs- und Lebenschancen für alle

Kinder und Jugendliche sollen ihre Potentiale ausnutzen können, um sich für ein erfolgreiches und glückliches Leben zu rüsten. Wir wollen dies möglich machen und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildungserfolg fängt schon lange vor der Schule an und geht bis zur Berufsausbildung.

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen einen guten Start ins Leben ermöglichen und setzen daher schon früh mit Betreuungs- und Bildungsangeboten an. Eine gute Kinder- und Bildungspolitik ist für uns ein wesentlicher Baustein zur Bekämpfung von Kinderarmut. Hierfür ist für uns ein integriertes Konzept notwendig, in welchem alle Dienste und Angebote enger verzahnt und noch besser koordiniert werden.

Kinderbetreuung

Wir wollen den Ausbau der Betreuungsplätze im Krippen- und Kindergartenbereich weiter voranbringen. Hierzu werden wir auch Dritt- und Landesmittel nutzen. Ebenso wollen wir die Kindertagespflege weiter intensivieren. Inklusion beginnt nicht erst in der Schule, daher wollen wir ein Inklusionskonzept für die Kindertageseinrichtungen entwickeln.

Kinderbetreuung ist ein wichtiges Element für soziales Lernen und frühkindliche Bildung, daneben ist sie notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Hierfür wollen wir die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen weiter flexibilisieren - Die Angebote sollen sich an den tatsächlichen Bedürfnissen berufstätiger Eltern orientieren. Eltern brauchen auch zu Randzeiten Betreuung für ihre Kinder.

Um eine möglichst schnelle Vergabe von Betreuungsplätzen zu ermöglichen, wollen wir eine zentrale Erfassung aller Anmeldungen. So können Doppelanmeldungen schneller erfasst und die Angebote besser gesteuert werden. Gute Betreuung braucht Personal, daher hat die Personalausstattung eine große Bedeutung.

Für Kinder ist der Übergang vom Kindergarten in die Schule ein großer Schritt. Dieser Schritt soll möglichst reibungslos und gut verlaufen. Deshalb brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit von Elementar- und Primarbereich. Wir werden auch in Zukunft Investitionen bereitstellen, um die Einrichtungen baulich auf einem guten Stand zu halten.

Kinderarmut wirkungsvoll begegnen

Bekämpfung von Kinderarmut beinhaltet neben der Einkommenserhöhung der Familien, dass es eine so genannte Präventionskette geben muss, in der Krippe, Kita, Grundschule, weiterführende Schulen, Berufsausbildungen eng ineinander greifen und auch die Eltern miteinbezogen werden. Deshalb müssen die vorhandenen Dienste und Maßnahmen noch enger miteinander koordiniert und verzahnt werden.

Das Wohl des Kindes ist unser höchstes Gut, das wir mit einer Überprüfung und Verstärkung der verschiedenen Maßnahmen zur Prävention von Kindeswohlgefährdung schützen wollen.

In diesem Zusammenhang werden wir auch weitere Hilfsangebote für Familien schaffen. So kann eine bessere Aufklärung, Beratung und Diagnostik ermöglicht werden.

Im Falle der drohenden Kindeswohlgefährdung soll die Einrichtung einer speziellen Pflegeelterngruppe geprüft werden. Wir wollen Ressourcen in die Hände der Menschen geben, die wissen, wo Hilfe gebraucht wird – daher wollen wir Stadtteilbudgets zur Unterstützung sozialräumlicher Maßnahmen schaffen und ebenso Modellversuche zur Budgetierung im Jugendhilfebereich. Regelangebote wie Kitas und Familienzentren wollen wir stärker mit einzelfallbezogenen Hilfen zur Erziehung, Frühförderung und Leistungen der Eingliederungshilfe verbinden, um Eltern und Kinder frühzeitig zu fördern. Die Sprachförderung im Kindertagesstättenbereich soll weiterentwickelt und ausgebaut werden. Sprache ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und muss früh gefördert werden.

Wir wollen mehr Kinder in den Betreuungseinrichtungen, dafür brauchen wir aber genügend und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Daher werden wir zusätzliche ErzieherInnenklassen einrichten und Fortbildungen für alle Beschäftigten anbieten. Die Entwicklung hin zu inklusiv arbeitenden Einrichtungen wird zu einem weiteren Bedarf an Fachkräften mit speziellen Qualifikationen führen. Daher besteht ein gemeinsames Interesse, geeignete Personen mit spezifischen beruflichen Qualifikationen anstellen zu können. Wir wollen die Anstellung von Heilerziehungspfleger/innen im Anerkennungsjahr für die inklusive pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten prüfen. Hierbei wollen wir auch die Qualität der Arbeitsbedingungen nicht aus dem Blick verlieren.

Der Einsatz für eine bessere Betreuung von Kindern und Jugendlichen muss klar geleitet und strukturiert werden. Hierbei müssen alle Beteiligten miteinander vernetzt und im Austausch sein. Wir streben daher eine engere Vernetzung der Bereiche Schule-Soziales-Jugendhilfe und Sport an.

Mehr Bildung für Alle

Eine gute schulische Ausbildung ist die wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe. Dies gilt in der heutigen Wissensgesellschaft umso mehr und erfordert eine lebenslange Lernbereitschaft. Teilhabe und Lernerfolg dürfen aber nicht weiter an der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen gekoppelt sein. Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler nach ihren Möglichkeiten fördern und fordern. So können wir erreichen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss massiv verringert wird.

Wir wollen keinen Schüler zurücklassen und wollen daher einen Unterricht, der individuelle Bedarfe berücksichtigt und selbständiges Lernen ermöglicht. Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern, damit alle Schulen diesen Weg zur Individualisierung des Unterrichts weiter beschreiten können.

Unser Ziel ist, allen jungen Menschen unserer Stadt eine Perspektive zu geben und hierbei alle im Auge zu behalten. Daher gibt es für uns auch keine Alternative zur Inklusion.

Gute Bildung von Anfang an – Übergänge gut nutzen

Die Grundschule ist sehr erfolgreich im Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit verschiedensten Eingangsvoraussetzungen. Sie schafft Lernorte, die gutes Lernen unabhängig vom Geldbeutel, der Größe der Wohnung und den Sprachkenntnissen der Eltern ermöglichen. Diese Kompetenz wollen wir stärken und die Ganztagsstätigkeit der Grundschule weiter schrittweise ausbauen. So bleiben genügend Zeit und Raum, um viele Angebote anzubieten und die wichtige Sprachförderung durchzuführen.

Schule als Lern- und Lebensort

Bremerhavener Schulen sind heute schon mehr als nur reine Lern- und Paukanstalten: Sie bieten viele Angebote und öffnen sich zum Stadtteil, sind gleichsam Lebensorte. Ganztagschulen leisten in diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung individueller Potentiale zum Ausgleich von Armutsrisiken und fehlenden häuslichen Ressourcen. So werden die Bildungschancen aller gesteigert.

Daher werden wir den Ausbau und die qualitative Stabilisierung von Ganztagschulen – insbesondere an den Grundschulen kontinuierlich fortsetzen und die Lernförderung des Bildungs- und Teilhabeprogramms auf das Schulamt übertragen. Wir werden unsere Schulen zu Quartiersmittelpunkten mit vielfältigen Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten weiterentwickeln.

Schulen brauchen gute und verlässliche Rahmenbedingungen

Mit der Einführung der Oberschule und der inklusiven Beschulung aller Kinder und Jugendlichen haben wir einen wichtigen Schritt getan, um den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und damit das Bildungssystem gerechter zu machen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen und für gute Rahmenbedingungen sorgen.

Der Schulentwicklungsplan soll evaluiert und die Erfahrungen der Schulen, Eltern und Schüler sollen hierbei berücksichtigt und gehört werden. Hierzu gehört auch, dass wir Qualitätsstandards in Bezug auf die Inklusion und die Ganztagschule, insbesondere die Nachmittagsbetreuung, formulieren und umsetzen werden. Unterricht muss stattfinden, daher stehen wir für ein verlässliches Konzept für den Vertretungsunterricht.

Sprache ist der Schlüssel für Schulerfolg, die Sprachförderung muss daher ausgeweitet und weiterentwickelt werden. Schule braucht Lehrerinnen und Lehrer – damit sich die Schulen verlässlich weiterentwickeln können wollen wir ein Personalentwicklungskonzept. Schulen müssen heute mit vielen Herausforderungen umgehen, um sie hierfür handlungsfähig zu machen, stehen wir für eine Verstärkung der Schulsozialarbeit. Dabei soll geprüft werden, ob zukünftig die Sozialen Dienste des Jugendamtes und Schulsozialarbeit zusammengefasst und zur ganzheitlichen Betreuung der Kinder und Jugendlichen sozialräumlich ausgerichtet werden sollen. Wir wollen Schulen zu Quartiersmittelpunkten mit vielfältigen Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten weiterentwickeln und die vorhandenen Projekte erhalten und sichern.

Dabei ist auch eine Vernetzung zwischen den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Sport zu erzielen, die in einem ämterübergreifenden Gesamtkonzept für die Ganztagschulen, mündet. Dieses Konzept soll den Schulen unterstützend zur Verfügung stehen, um Angebote aus den o. g. Bereichen identifizieren zu können und eine verstärkte Vernetzung zwischen Schulen und Trägern zu erreichen.“

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen

Schule soll natürlich auch auf die berufliche Zukunft vorbereiten. Wir wollen unseren Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine berufliche Perspektive bieten. Dabei setzen wir auf unsere berufsbildenden Schulen. Sie übernehmen als Partner im dualen Ausbildungssystem, als Träger schulischer Ausbildungen aber auch als Ort, der auf Ausbildung vorbereitet, eine zentrale Rolle.

Guter Berufsschulunterricht in modernen Werkstätten und die Kooperation mit den Betrieben ermöglichen einen zeitgemäßen Praxisunterricht. Wir setzen auf die Erarbeitung eines Schulentwicklungsplans für die beruflichen Schulen und die Erarbeitung eines Konzeptes zur Personalgewinnung. So können alle Anstrengungen der Schulen im Interesse der Schülerinnen und Schüler gebündelt und organisiert werden. Den Übergang von der Schule in den Beruf werden wir mit der Jugendberufsagentur und einer Ausbildungsgarantie erleichtern und damit allen Jugendlichen, die es wünschen, Angebote machen, die zu einer Ausbildung führen.

Kinder und Jugendliche beteiligen und fördern

Neben der Schule wollen wir auch die außerschulische Jugendbildungsarbeit weiter absichern, ebenso die Jugendbildungsreferenten. Hierbei wollen wir, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker beteiligt werden. Das Freizeitverhalten von Jugendlichen hat sich stark verändert, unsere Freizeiteinrichtungen müssen dem Rechnung tragen. Hierbei kann die Spielleitplanung einen wertvollen Beitrag leisten, die wir auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten wollen. Jugendliche sollen verstärkt in Entscheidungsprozesse der Stadtplanung eingebunden werden und projektbezogen mitbestimmen können.

Wir geben den Jugendlichen durch den Jugendklimarat und weitere projektbezogene Beteiligung die Möglichkeit, sich verstärkt in den Entscheidungsprozess der Stadtplanung einzubinden und mitzubestimmen. Wir begrüßen, dass sich viele Jugendliche ehrenamtlich engagieren und wollen daher eine Gleichstellung der Jugendleitercard mit der Ehrenamtskarte erreichen. So könnten engagierte Jugendliche viele Vergünstigungen wahrnehmen.

Gender

Gleichstellung der Geschlechter

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein gesellschaftlicher Auftrag und längst noch nicht in allen Bereichen umgesetzt. Für uns ist Gleichstellungspolitik eine wichtige Querschnittsaufgabe.

Wir wollen die Ausbildungs-, Berufs- und Karrierechancen von Mädchen und Frauen verbessern, damit das existenzsichernde Einkommen zum Normalfall wird. Im Rahmen der Ausbildungsgarantie werden wir neben der Steigerung betrieblichen Ausbildung auch die schulischen Ausbildungsplätze erhöhen.

Mit einem Aus-, Fort- und Weiterbildungszentrum für Gesundheitsberufe werden wir die beruflichen Perspektiven für Frauen verbessern. Die Gruppe der Alleinerziehenden werden wir nachhaltig unterstützen. Die gute Arbeit der Frauenberatung wollen wir fortsetzen. Künftig sollen mehr Frauen in Aufsichtsräte entsandt werden.

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote haben wir viel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie getan. Hier werden wir weitere Anstrengungen unternehmen, um den beschrittenen Weg fortzusetzen.

Frauen sind unabhängig von Herkunft, Religion, sozialer Schicht, Alter, Kultur und Bildungsstand auf vielfältige Weise von Gewalt betroffen. Deshalb werden wir Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen und die Beratung und Unterstützung für von Gewalt betroffenen Menschen weiterentwickeln.

Zur sexuellen Selbstbestimmung gehört es, dass Frauen die Möglichkeit haben zu entscheiden, ob und wann sie verhüten. Deshalb sollen Transferleistungsbezieherinnen kostenlos Verhütungsmittel erhalten.

Durch die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau mit ihren Standorten in Bremen und Bremerhaven wurden gemeinsam mit vielen Akteuren vielfältige Maßnahmen und Initiativen angestoßen. Diese wichtige Arbeit muss fortgesetzt und gefördert werden.

Für ein Miteinander aller Generationen

Selbständigkeit und Selbstbestimmung bis ins hohe Alter sind zentrale Ziele. Wir wollen das nachbarschaftliche Engagement und Ehrenamt fördern und ausbauen. Wir als SPD werden einen umfassenden Handlungsplan entwickeln, der ältere Menschen darin unterstützt, möglichst lange selbst bestimmt in ihrem eigenen Wohnraum zu leben.

Die SPD wird die Grundlagen schaffen, damit möglichst viele Wohnungen in denen Ältere leben, altersgerecht umgebaut werden können. Um der Vereinsamung vorzubeugen, sollen neue Wohnformen unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ entstehen. Dafür sind bezahlbare Wohnungen und eine soziale wie städtebauliche barrierefreie Infrastruktur nötig.

Die SPD steht für eine fundierte Sozialpolitik. Diese benötigt eine Sozialplanung. Wir wollen mit Hilfe einer Sozialplanung auch einen Seniorenentwicklungsplan erstellen lassen.

Neutrale Beratungsstellen in den Stadtteilen sollen ein Leben im eigenen Wohnraum unterstützen. Für uns als SPD bilden dafür der Pflegestützpunkt, die sechs städtischen Seniorentreffpunkte, die Freiwilligenagentur und das Mehrgenerationenhaus die wesentlichen Säulen, die erhalten bleiben müssen. Ohne diese Institutionen wäre die Stadt um wesentliche soziale Strukturen ärmer.

Die Stadt Bremerhaven kann das Entstehen einer Altersarmut nicht verhindern, wohl aber kann sie die Folgen abmildern. Dafür sind in den letzten Jahren die Grundlagen, z. B. die qualitative Arbeit in den Seniorentreffpunkten der Stadt mit dem Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“, geschaffen worden. Der eingeleitete Prozess zur Weiterentwicklung der städtischen Seniorentreffpunkte soll fortgeführt werden.

In die inhaltliche Arbeit werden Ehrenamtliche verantwortlich eingebunden sowie qualifizierte Beratung und Unterstützungsangebote aufgebaut. Die Treffpunkte werden so dauerhaft zu Freizeit- und Begegnungsstätten sowie zu Anlaufstellen für ältere Menschen in allen Lebensfragen, um wirksam der Gefahr der Vereinsamung der SeniorInnen in den Stadtteilen vorzubeugen.

Ergänzend dazu sollen sie sich nach unseren Vorstellungen weiter in den Stadtteil und das Quartier öffnen. Sie werden dabei auch die Funktion des Mittlers zu anderen Dienststellen und zu Leistungsträgern übernehmen.

Die Freiwilligenagentur ermöglicht es allen Bürgerinnen und Bürgern sich zu engagieren, wie es ihrer Neigung entspricht. Wir als SPD werden die Freiwilligenagentur und das Mehrgenerationenhaus daher fortführen. Gerade sie ermöglichen ein Miteinander der Generationen.

Die Angebote für an Demenz erkrankte ältere Menschen sollten unter Fortsetzung des Lokalen Netzwerkes für Menschen mit Demenz verbessert werden. Dazu ist der Pflegestützpunkt um den Bereich der Demenz zu erweitern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Pflegestützpunkt über April 2016 hinaus erhalten bleibt.

Soziale Stadt

Das Miteinander der Generationen kann nur gelingen, wenn in Stadtteilen eine gute Mischung von Generationen und Kulturen sowie eine angemessene Infrastruktur in den Stadtteilen vorhanden sind. Wir fordern und unterstützen daher ausdrücklich die Umsetzung des Programms der „Sozialen Stadt“ in Bremerhaven.

Wir werden eine Weiterentwicklung zumindest der Stadt-/Ortsteile Lehe, Wulsdorf, Leherheide-West, Bürgerpark-Süd und Grünhöfe in Rahmen der Sozialen Stadt vorantreiben. Dabei sehen wir dieses nicht nur als eine Aufgabe, die im Sinne der reinen Stadtentwicklung von der Stadt zu koordinieren ist, sondern ausdrücklich auch aus Sicht der sozialen Zusammenhänge und Infrastrukturen.

Soziale Aufgaben

Zu einer effektiven Aufgabenwahrnehmung gehört für uns als SPD auch, dass die von der Stadt durch Fördermittel finanzierten sozialen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in einem moderierten Beteiligungsprozess überprüft und neu geordnet werden.

Die Schaffung sozialer Infrastrukturen wie Beratungsstellen und die Umsetzung von Förderprogrammen setzen ausreichende Finanzen voraus. Die Stadt nimmt zahlreiche soziale Aufgaben für Land und Bund wahr, ohne eine angemessene Finanzierung oder vollständiger Überweisung von Bundesmitteln. Wir als Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten werden uns daher im Interesse unserer EinwohnerInnen dafür einsetzen, dass die Stadt ihr zustehenden Bundes- und Landesmittel erhält.

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Flüchtlinge sind willkommen! Zu den Grundwerten einer sozialdemokratischen Partei gehört die Solidarität und Solidarität darf nicht bei Nation, Ethnie oder Herkunft Halt machen. Die SPD Bremerhaven wird sich daher weiterhin dafür einsetzen, Flüchtlinge aus Krisengebieten in unserer Stadt mit offenen Armen zu empfangen. Die große Hilfsbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven werden wir bei der Integration nutzen und einbinden.

Gelungene Integration bedeutet Teilhabe an Arbeit, Bildung und im gesellschaftlichen Leben. Wir als SPD stehen für eine Willkommenskultur, für eine Kultur der Anerkennung und des Respekts für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen und kulturellen Identität. Damit Integration und das Zusammenleben in Vielfalt gelingen, setzen wir uns für Chancengleichheit ein. Menschen, die neu in Deutschland leben, benötigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die vor allem bei der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen und der möglichst unmittelbaren Vermittlung in den Arbeitsmarkt helfen.

MigrantInnen gehören in die Mitte der Stadtgesellschaft. Die Bremerhavener SPD trägt diesem Umstand seit vielen Jahren durch eine engagierte Integrationspolitik Rechnung. So wurde beispielsweise im April 2013 das Bremerhavener Integrationskonzept „Vielfalt und Chancengleichheit – Bremerhaven zeigt Flagge“ beschlossen. Das Integrationskonzept ist das Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses. Mit dem Integrationskonzept knüpft die Stadt Bremerhaven an die vielfältigen guten Projekte und Strukturen gelungener Integrationsarbeit in der Stadt an. Erste Umsetzungsschritte sind bereits erfolgt. Nun gilt es die begonnenen Maßnahmen weiter mit Leben zu füllen.

Die Stadt Bremerhaven hat mit dem Rat Ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger (RAM) eine gewählte Interessenvertretung, die bundesweit als Vorbild für gelungene politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gesehen wird. Durch das intensive und nachhaltige Engagement vieler seiner Mitglieder erfreut sich Bremerhaven eines lebendigen Dialogs mit den MigrantInnen dieser Stadt. Wir werden auch weiterhin die gute Arbeit des RAM unterstützen.

Die zu uns kommenden Flüchtlinge aus den Krisenregionen der Welt sollen im Sinne des Integrationskonzeptes als willkommen aufgenommen werden sowie ein menschenwürdiges und sicheres Leben in Bremerhaven führen.

Der bisher eingeschlagene Weg mit einer Unterbringung in kleineren Wohnheimen und Wohnungen im Verbund wird von der SPD unterstützt und ist fortzuführen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden zudem für eine angemessene und qualifizierte personelle Ausstattung der Übergangseinrichtungen Sorge tragen. Die Flüchtlinge sollen möglichst schnell nach ihrer Ankunft eine Sprachförderung und auf den individuellen Bedarf ausgerichtete Unterstützung für ein Leben in Bremerhaven haben. Nur so können die bisher erfolgreiche Integration fortgesetzt, neue Herausforderungen sowie notwendige Beratungen und Unterstützungsleistungen erbracht werden.

Kinder und Jugendliche sollen schon von der Kita an eine individuell ausgerichtete Förderung erhalten. Die Beschulung muss umgehend nach dem Eintreffen in Bremerhaven erfolgen.

Wir als SPD werden uns auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, dass Städte wie Bremerhaven auch für diese wichtige Aufgaben eine angemessene Finanzierung erhalten.

Gesundheit

Die Sicherung und Schaffung gesunder Lebensverhältnisse und eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung haben für uns höchste Priorität. Um diese Ziele zu erreichen setzen wir uns ein für mehr Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere auch in Kindergärten und Schulen.

- Schaffung einer Kinderschutzgruppe
- Absicherung der Familienhebammen
- Qualitätssteigerung durch die Schuleingangsuntersuchung (SOPESS) damit die medizinische Versorgung der Kinder und Schulen besser vernetzt sind
- Nachweis von Impfschutz der Auszubildenden in erzieherischen Berufen

Die Menschen in Bremerhaven und der Unterweserregion haben die bestmögliche medizinische und pflegerische Versorgung in den Krankenhäusern verdient. Dieses Ziel kann nicht durch den Wettbewerb der Krankenhäuser in der Region erreicht werden. Die Zukunftsfähigkeit der Krankenhäuser kann nur durch eine bessere Abstimmung und Entwicklung des Angebotes der medizinischen und pflegerischen Versorgung zwischen den Trägern, den Krankenkassen und den Landeskrankenhausplanungen der Länder Bremen und Niedersachsen erreicht werden.

Wir wollen den Gesundheitsstandort Bremerhaven weiterhin stärken und streben deshalb eine gute Zusammenarbeit aller Krankenhäuser in Bremerhaven und der Unterweserregion an.

Wir haben es geschafft, das Frauen-Kind-Zentrum am Klinikum Reinkenheide aufzubauen. Erst vor kurzem wurden die neuen Räumlichkeiten der Neonatologie am Standort Reinkenheide eröffnet. Bremerhaven bedarf als Großstadt auch in Zukunft einer Frühchen Station (Neonatologie, Level 2) und eine Kinderklinik.

Wir setzen uns dafür ein, dass es zukünftig ein geriatrisches ReHa-Angebot in Bremerhaven geben wird. Nachdem wir in Bremerhaven eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung aufgebaut haben, brauchen wir nun eine stationäre Hospizversorgung.

Die humanitäre Sprechstunde und anonyme Spurensicherung werden wir absichern. Qualitätssicherung ist in allen Bereichen des Gesundheitswesens eine zentrale Aufgabe.

Mit der Einführung des Gesundheitsbüros haben wir das Drogen- und Suchthilfekonzept inhaltlich, infrastrukturell und finanziell abgesichert. Eine hochwertige

Qualifikation der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich ist für die Sicherung der Qualität der medizinischen Versorgung unverzichtbar. Wir setzen uns dafür ein, dass in einem Aus-, Fort- und Weiterbildungszentrum die Qualifizierung in den Gesundheitsberufen auf hohem Niveau fortgesetzt und ausgeweitet wird. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen vor krankmachenden Arbeitsbedingungen geschützt werden. Wo wir darauf Einfluss nehmen können, werden wir das tun. Die Gewerbeaufsicht muss personell so ausgestattet sein, dass sie ihren Beratungs- und Kontrollaufgaben nachkommen kann.

Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfalt aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbst bestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert.

Diesen Anforderungen haben wir uns gestellt, indem wir unter dem Motto „Eine Stadt für alle“ einen Teilhabeplan für behinderte Menschen in der Stadt Bremerhaven beschlossen haben. Dieser Teilhabeplan soll in Zukunft Leitlinie und Richtschnur für die Teilhabe behinderter Menschen in unserer Stadt sein. Zusammen mit dem Inklusionsbeirat (IBB) der Vertretung behinderter Menschen in Bremerhaven wollen wir alle zwei Jahre in der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Umsetzung und über die Weiterentwicklung des Teilhabeplans diskutieren und beschließen. Wir wollen mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen in Bremerhaven intensiv an der Eingliederung behinderter Menschen in den 1. Arbeitsmarkt arbeiten, insbesondere unterstützen wir die Initiative zur Gründung von Integrationsbetrieben sowie Integrationsabteilungen in existierenden Betrieben.

Wir wollen, dass behinderte Menschen selbst bestimmt und ohne Barrieren wohnen und leben können. Dazu werden wir die Stäwog und die Gewoba motivieren, weiteren barrierefreien Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir wollen uns für barrierefreien Tourismus einsetzen und unsere Tourismusgesellschaft dazu motivieren, hierfür ein ausgewiesenes Profil zu entwickeln und nach außen zu bewerben.

Neben der Fortsetzung des bewährten Behindertensportfestes wollen wir über das Projekt Inklusion im Sport (InSpo) die Sportvereine in Bremerhaven dazu motivieren, verstärkt inklusive Sportangebote in ihren Vereinen zu entwickeln. Weiterhin werden wir ein Netzwerk zum Thema Gesundheit und Pflege und Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen initiieren

KAPITEL III

Stadtentwicklung

Wir werden uns umfassend vor allem um die Stadtteile kümmern. Ziel dabei soll sein, die Stadtteile zu stärken, um den Menschen Anlaufpunkte für Versorgung, Kultur und soziales Miteinander in ihrer Nähe zu bieten. Hierzu sind individuell zugeschnittene Lösungen zu suchen, die dezidiert die Probleme der jeweiligen Gebiete bewältigen. In diese Prozesse werden wir weiterhin die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener frühzeitig mit einbinden.

Die wohnortnahe Basisversorgung der Bevölkerung ist unverzichtbar. Aus diesem Grund hat die Stärkung der Stadtteilzentren für uns Vorrang. Nach Erstellung des Einzelhandelsgutachtens wird die SPD daraus eine Handlungsanleitung für die weiteren Planungen entwickeln. Dabei wollen wir die Interessen der ansässigen Betriebe weitgehend berücksichtigen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, z. B. den Kernbereich Wulsdorf zu sanieren. So soll Wulsdorf einen neuen Stadtteilkern mit neuer Wohnbebauung und Nahversorgung erhalten, der für eine erheblich verbesserte Aufenthalts- und Lebensqualität im Stadtteil sorgt. Daneben wollen wir Wulsdorf besser an den Fischereihafen anbinden.

Das Programm „Geestemünde geht zum Wasser“ werden wir mit einer veränderten Zielrichtung fortsetzen. Die wohnliche Entwicklung Geestemündes zu den Hafenanlagen hin erfordert eine Beplanung des Areals Keilstraße, Klußmannstraße, Ellhornstraße und Georg-Seebeck-Straße.

Ein Stadtteil wie Grünhöfe, entstanden in Zeiten der Wohnungsnot der Werftarbeiter, unterliegt sozialen Verschiebungen und Abwanderung. Um den Ortskern, das Freibad und den dortigen Sportverein mit seinem Sportplatz, der von allen Anwohnern genutzt wird, wollen wir stadtplanerisch die Zuwege verbessern.

Für das ehemalige Kistnergelände ist eine Planung umzusetzen, die den Erhalt des Kistner Schornsteins und der Presshalle beinhaltet. Weiterhin ist auf dem Kistnergelände „Wohnen am Wasser“ zu realisieren durch mehrgeschossigen Wohnungsbau, der einen großen Anteil an Mietwohnungsraum beinhaltet. Eine Umsetzung eines Nahversorgers für die Einwohnerinnen und Einwohner von Lehe ist abzustimmen mit dem im Sommer 2015 vorliegenden Einzelhandelskonzept.

Für den Stadtteil Lehe (Hafenstraße, Rickmersstraße, Pestalozzistraße und Aueviertel) ist ein Sanierungskonzept aufzulegen und zu entwickeln, das eine umfassende Möglichkeit bietet, Immobilien zu sichern und Eigentümern die Möglichkeit gibt, Investitionen vorzunehmen. Hierzu ist eine zentrale Stelle einzurichten, die die Koordinierung und Entwicklung des Viertels steuert. Der/Die Lehe-Beauftragte plant und koordiniert zwischen den Dezernaten und Privatinvestoren. Stadtweit werden wir intensiv den Kampf gegen die Schrottimmobilen fortsetzen.

Nach Fertigstellung des Campus 2014 ist die Entwicklung der Fußgängerzone nun von der Lloydstraße bis zur Geeste abgeschlossen. Der Bereich ist bautechnisch trotzdem einer Intensivpflege und Überprüfung zu unterziehen, da z.B. in verschiedenen

Bereichen der Fußgängerzone im Laufe der Jahre u.a. Schäden an den Lichtinstallationen entstanden sind.

Der Abriss von historischer Bausubstanz, welche sich in städtischer Hand befindet, ob Wohn-, Arbeits- oder Industriebereich, wird weiterhin nur mit Zustimmung der zuständigen Ausschüsse und einem Votum der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt. Die Datei über Bremerhavener Objekte des Landesamtes für Denkmalschutz bildet die Grundlage für politische Entscheidungen.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Stadtgestaltung ist die Gebäudewirtschaft der Stadt Bremerhaven. Vielfach prägt sie durch den Bau oder die Sanierung von Schul-, Kita-, Wohn- und Verwaltungsgebäuden das Bild unserer Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gebäudewirtschaft auf ihre Schwachstellen hin untersucht wird, und dass sie zügig durch eine funktionsgerechte Neuorganisation in die Lage versetzt wird, ihren vielfältigen Aufgaben kompetent gerecht zu werden.

Wir werden auch zukünftig Wert darauf legen, dass im Rahmen der Stadtentwicklung mit Brachen und bestehenden Objekten von besonderer Bedeutung sorgsam umgegangen wird. Die Brache Ellhorner Straße verbleibt weiterhin als Naturerlebnis für die Bevölkerung. Eine Erweiterung bis hin zur Moschee an der Georg-Seebeck-Straße ist zu prüfen.

Um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, weisen wir in Bremerhaven aktuell mehr als 200 Grundstücke für den Bau von Einfamilienhäusern aus. Aufgrund der starken Nachfrage nach Einfamilienhäusern in unserer Stadt ist dies jedoch nicht ausreichend. Wir werden daher neue Wohngebiete ausweisen. Dafür sind Flächen vorausschauend anzukaufen.

Mit dem angedachten Finanzzentrum wollen wir auch die nördliche Innenstadt weiter entwickeln und gestalten. Dabei sind die Grundstücke Alte Feuerwache Barkhausenstraße, Eulenhofgrundstück und die Fläche des abgängigen Finanzamtes neu zu beplanen.

Der eingeschlagene Weg das Programm Stadtumbau West in den Stadtteilen einzusetzen, ist konsequent weiterzuführen. Jeder Stadtteil stellt dazu unterschiedliche Anforderungen an die Umsetzung. Mit dem Projekt Schillerstraße ist zum ersten Mal einem Privateigentümer ermöglicht worden, Stadtumbau West Mittel zu nutzen. Dieses ist zukünftig verstärkt zu unterstützen.

Die Schaffung einer neuen Stelle für die Quartiermeisterei in Lehe, die Fortführung der Quartiermeisterei in der Alten Bürger sowie die Fortführung des Stadtteilmanagement in Geestemünde sind ebenfalls wichtige Signale für die Weiterentwicklung unserer Stadtteile. Sie werden auch in Zukunft ein wichtiges Instrument zur individuellen Förderung der Quartiere sein. Unsere Wochenmärkte sind wichtige Zentren unserer Stadtteile. Wir wollen sie als Handelsorte fairer, regionaler und saisonaler Produkte weiter entwickeln.

Kultur- und Freizeit für junge Menschen in unserer Stadt

Neben stadtteilspezifischen Aufgaben gibt es jedoch auch Herausforderungen, die für alle Stadtteile gleichermaßen gelten. Während sich viele Bereiche Bremerhavens positiv entwickelt haben, besteht großer Nachholbedarf im Bereich von Kultur & Gastronomie. Junge Studierende, Auszubildende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigen entsprechende kulturelle und gastronomische Angebote, um dauerhaft an die Stadt gebunden zu werden.

Im Bereich Jugendkultur gibt es eine Reihe von guten Freizeiteinrichtungen, die sich bevorzugt an Menschen bis maximal 16 Jahre wendet. Stärker im Fokus muss jedoch auch das Angebot für Auszubildende, SchülerInnen und StudentInnen beleuchtet werden, da hier noch starker Nachholbedarf besteht. Eine Folge ist, dass viele StudentInnen der Bremerhavener Hochschule auswärts wohnen und nur einpendeln. Studentisches Leben kommt so nicht zustande. Um jungen Menschen ein angemessenes Kulturangebot zu bieten und zu verhindern, dass sie nach ihrer Ausbildung oder ihrem Studium abwandern, weil sie nie eine Bindung zu Bremerhaven entwickelt haben, ist es notwendig, Anlaufstellen zu schaffen.

Ein kleinteiliger Ansatz wäre ein markantes Gebäude, hochschul- und innenstadtnah, eine Mischnutzung von Gastronomie, kleinen Veranstaltungen, als eine Bleibe für junge Künstlerinnen und Künstler aller Genres sowie als offenen Treffpunkt auszuweisen.

Ebenfalls wichtig wäre ein konzertfähiger Saal, untergebracht in einem unverwechselbaren Gebäude. Dieses Konzerthaus sollte über ein Fassungsvermögen von 500 bis 700 BesucherInnen verfügen. Interessante Bands in größerer Anzahl könnten damit nach Bremerhaven gelockt werden. Gleichzeitig sollten die Eintrittspreise niedrig gehalten werden. Kooperationen wären dabei sicher hilfreich.

Unser Ziel für die nächste Wahlperiode wird sein, mögliche Orte für diese Zwecke zu prüfen. In Zeiten knapper Kassen müssen auch private Anstrengungen in diesem Bereich motiviert werden.

Ganz allgemein gilt, dass den Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in ihrer Stadt zur Verfügung stehen müssen. Hierzu sind Maßnahmen wie die kleinteilige Förderung neuer Projekte und die Nutzung der lokalen Standortbesonderheiten erforderlich. Leerstände in städtischem Besitz können genutzt und temporär an kulturelle Projekte oder Startups mit viel versprechenden Konzepten vermietet werden.

Straßen, Plätze, Parks und Wiederherstellung von historischen Gebäuden in den Stadtteilen

Straßen und Plätze sind in Bremerhaven notwendige Lebensadern. Die Umsetzung und Sicherung der Hauptverkehrsstraßen hat auch zukünftig eine hohe Priorität. Durch die starken Kriegszerstörungen in den Stadtteilen Mitte und Geestemünde und dem Wiederaufbau sind viele städtische Objekte verloren gegangen. Die noch vorhandene Stadthistorie ist dementsprechend zu stärken und für die Bevölkerung durch ein kostengünstiges Informationssystem mit Schautafeln (wie z. B. auf dem Campus der Hochschule) sichtbar zu machen.

Das ehemalige „Zollhaus“ an der Geestebrücke ist wieder denkmalgerecht in seinen authentischen Ursprungszustand zu versetzen. Hierzu ist vorab eine nachhaltige Nutzungskonzeption vorzulegen. Die ehemalige durch Kriegseinwirkung zerstörte Giebelfront des Polizeireviers Geestemünde (früher kaiserliche Post) ist ebenso wiederherzustellen wie der ehemalige Platz am Ende der Klußmannstraße.

Wir setzen uns dafür ein, dass die eingetragenen Kulturdenkmäler der Stadt durch Hinweis-Zeichen (blauweiße Denkmal-Plakette, ca. 18 cm x 26 cm) an der Straßenseite nach denkmalrechtlichen Bestimmungen für die Öffentlichkeit gekennzeichnet werden.

Durch die Kennzeichnung mit einer Denkmalplakette werden die Kulturdenkmäler mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt und das Interesse für den Denkmalschutz und die Stadtbilder wesentlich gefördert.

Gerade in Stadtteilen, wo noch historische Bausubstanz vorhanden ist, stellt das dazugehörige Straßenpflaster einen wichtigen optischen und kulturhistorischen Aspekt dar. Die Anlieger legen oftmals großen Wert auf den Erhalt. Gerade in reinen innerstädtischen Wohngebieten. Die Wiederherstellung des Kopfsteinpflasters hat daher für uns Vorrang vor einer Asphaltierung.

Die Gestaltung von verwahrlosten innerstädtischen Plätzen wollen wir voranbringen. Beispielhaft sei hier der Platz an der Fritz-Reuter-Straße genannt. Durch den Umbau der Rickmersstraße wird hier die Möglichkeit geschaffen, den Platz neu auszurichten.

Der Bürgerpark, Stadtpark, Saarpark und der Speckenbütteler Park sind weiterhin in ihrer Attraktivität zu sichern.

Radfahrwege und Radfahren in den Stadtteilen

Das Radfahren in Bremerhaven will die SPD weiterhin attraktiver gestalten. Die in den letzten vier Jahren begonnenen Maßnahmen wollen wir fortführen:

- Ein Programm zur Sanierung der Radwege, das bis auf die Stadtteile herunter gebrochen wird.
- Ein Gefahrenstellen-Register, das mindestens halbjährlich auf Erledigung geprüft wird.
- Eine Prioritätenliste für den Bau neuer Radwege.
- Eine Liste für die Ausweisung von farblich als Fahrradwege markierten Strecken.
- Reinigungsintervalle für Radwege.

In den innerstädtischen Bereichen werden wir weiterhin zusätzliche Bänke als Ruhemöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Wohnungspolitik

Sozialdemokratische Wohnungspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass gute, bezahlbare und zeitgemäße Wohnungen für alle Schichten der Bevölkerung angeboten werden. Um dieses Ziel zu erreichen, spielt die Städtische Wohnungsgesellschaft (STÄWOG) eine wichtige Rolle als Instrument der aktiven Wohnungspolitik für Bremerhaven. Eine Privatisierung der STÄWOG lehnt die Bremerhavener SPD deshalb strikt ab. Sozialdemokratische Wohnungspolitik ermuntert darüber hinaus alle sozial Verantwortlichen, insbesondere die ehemals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften in Bremerhaven, ihrer Verantwortung für gutes und zeitgemäßes Wohnen aktiv gerecht zu werden.

Die demografische Entwicklung bedeutet eine neue Ausrichtung des Wohnens und der Wohnangebote in den einzelnen Stadtteilen. Für die Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt werden wir mit Hilfe der Wohnungsbaugesellschaften einen Handlungsplan entwickeln, der ältere Menschen darin unterstützt, möglichst lange und selbst bestimmt in ihrem eigenen Wohnraum zu leben. Gleichmaßen ist es mit der Erweiterung des altersgerechten Wohnens nicht getan. Insbesondere bei Neubauten ist eine Quote barrierefreier Häuser notwendig, um auch Menschen mit Behinderung ein gleichberechtigtes Leben in Bremerhaven zu ermöglichen.

Darüber hinaus sollen neue Wohnformen ermöglicht werden, um den verschiedenen Generationen attraktives Wohnen zu ermöglichen. Dabei soll berücksichtigt werden, dass es immer mehr Singles jeden Alters gibt. Um der Vereinsamung vorzubeugen, sollen neue Wohnformen unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ stehen. Viel versprechende Projekte, wie Mehrgenerationen-Häuser und soziale Treffpunkte in den Stadtteilen sollen das Miteinander von Jung & Alt stärken.

Umweltschutz

Die SPD hat von Anfang an die Initiativen nach mehr Lärmschutz an der Eisenbahnstrecke in unserer Stadt unterstützt und einen Beschluss initiiert, wo nach der lückenlose Lärmschutz über ein kommunales Finanzierungsprogramm realisiert werden soll. Dabei sollen der Bund und die Deutsche Bahn nicht aus ihrer Verantwortung gelassen werden. Mit der Schließung der Lücken soll in der neuen Legislaturperiode begonnen werden.

Zu prüfen ist, ob nicht auch wegen zunehmender Hafenverkehre der Lärmschutz entlang der Autobahn ergänzt werden muss. Dafür sind dann die entsprechenden Maßnahmen beim Bund einzufordern.

Bremerhaven ist durch vielerlei Aktivitäten (u. a. „Geestemünde geht zum Wasser“ oder „Bürgerhain“) grüner geworden. Die SPD will diesen Weg fortsetzen und tritt für die Planung eines Grünzuges Lehe von der Geeste über den Saar- und Stadtpark bis hin zum Flötenkiel ein. Damit soll eine durchgehende grüne Achse für Fußgänger und Fahrradfahrer abseits von den Hauptverkehrsachsen entstehen.

Einige Stadtrandbereiche (z. B. Twischkamp, Buschkämpen, Reinkenheide, Wulsdorf) sind aufgrund von verlassenen Parzellen- und Gartengrundstücken sowie aufgegebenen Pferdewiesen immer unansehnlicher geworden. Die SPD will einen

besseren Übergang von freier Natur in die Stadt erwirken. Sie erwartet dazu von der Verwaltung ein entsprechendes Nutzungskonzept.

Wie kürzlich von der SPD beschlossen, soll die nördliche Geesteniederung mit der Geeste und der Spadener Markfleth als zukünftiges Kompensationsgebiet für größere Natureingriffe in unserer Stadt und im Bereich der Häfen ausgewiesen werden. Die Leherheider Fläche „In den Plättern“ soll als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden.

Das Hochmoorgebiet „Fehrmoor“ und die restlichen Moorflächen entlang der Leherheider Autobahn sollen unter Landschaftsschutz gestellt werden. Die wilde Fläche zwischen der „Neuen Aue“ und dem Auesee ist bis zur Cherbourger Str. bzw. Wurster Str. einschließlich des Sees unter Landschaftsschutz zu stellen. Die Moorflächen in Surheide entlang der Autobahn sind zu erhalten.

Die Stadt und ihre Bürger können auf die großzügigen Park-, Friedhofs- und Kleingartenanlagen stolz sein. Sie müssen in ihrer Quantität und Qualität erhalten bleiben, um somit für den Kleinklimaschutz in Bremerhaven einen wertvollen Beitrag leisten zu können.

Die Maßnahmen an und auf der Deponie „Grauer Wall“ sind gemäß Planfeststellungsbeschluss durchzuführen. Die Ergebnisse der Messstellen sind öffentlich zu machen und sollen in einem Dialog mit den Anwohnern besprochen werden.

Wir setzen uns für eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung in unserer Stadt ein. Im Rahmen der energetischen Weiterentwicklung der Stadt, ist die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung zügig umzusetzen. Hierdurch wollen wir weitere Einsparungspotenziale im Bereich Energie und CO₂ realisieren.

Auch wollen wir weitere Anreize zur Nutzung von Elektromobilität und für eine Nutzung von erneuerbaren Energien im Stadtraum schaffen. Das Energieeinsparen bei Gebäuden und in der Mobilität verringert Emissionen.

Mit der Einrichtung des Klimastadtbüros haben wir eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen geschaffen, um in Fragen Klimaschutz ein naher Partner zu sein. Wir stehen zu unseren Zielen im Klimaschutz und wollen weiterhin unsere Anstrengungen verstetigen. Dafür ist es notwendig, die Akzeptanz für den Klimaschutz zu steigern.

Die SPD setzt sich zudem für die Prüfung einer Rekommunalisierung der Müllabfuhr und Entsorgung ein.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Für die SPD stellt der öffentliche Personennahverkehr einen unverzichtbaren Teil der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Nur ein leistungsfähiger und bezahlbarer ÖPNV gewährleistet die Mobilität aller gesellschaftlichen Gruppen am öffentlichen Leben. Dieses lässt sich auch in Zukunft nur mit einem modernen ÖPNV gewährleisten. Aus Sicht der SPD ist daher ein zukunftsweisender, unter Berücksichtigung des demografischen Wandels, gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr in Bremerhaven unerlässlich.

Aus diesem Grund werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besondere Schwerpunkte für die nächste Wahlperiode setzen:

- Weiterentwicklung der intelligenten Beschleunigungssysteme für den ÖPNV.
- Zügiger barrierefreier Ausbau sämtlicher Haltestellen um mobilitätseingeschränkten Menschen die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu erleichtern.
- Aufbau von Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten an allen Haltestellen, an denen das Fahrgastaufkommen dieses erfordert.
- Umrüstung der Beleuchtung der Haltestellen im Liniennetz auf Solartechnik und LED-Technik.
- Ausbau der Fahrgastinformationssysteme sowohl an den Haltestellen wie auch über mobile Anwendungen zur Verbesserung der Barrierefreiheit.
- Anbindung neuer Gewerbe- und Wohngebiete unter frühzeitiger Beteiligung der zuständigen Stellen (Stadtplanungsamt).
- Entwicklung von attraktiven Tarifangeboten für den touristischen Verkehr im Rahmen des VBN.
- Einsatz von Bussen, die die höchsten Umweltstandards erfüllen, um der Klimastadt Bremerhaven gerecht zu werden. Weiterhin ist der Einsatz von Bussen mit alternativen Antrieben umzusetzen.

Damit diese Ziele in Zukunft umgesetzt werden können bzw. das Erreichte erhalten bleibt, ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, dass der direkte kommunale Einfluss auf das städtische Verkehrsunternehmen erhalten bleibt. Aus diesem Grund erwartet die SPD eine Direktvergabe der Linienkonzessionen ab dem 01.01.2017 an die stadteigene Verkehrsgesellschaft Bremerhaven AG. Eine Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs lehnen wir Sozialdemokraten ab.

Im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs werden wir uns auch weiterhin für eine Anbindung Bremerhavens an den Fernverkehr durch den Intercity (IC) einsetzen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die stabile und schnelle Anbindung an den Fernverkehr gelegt. Für die Sicherstellung der aufgeführten Maßnahmen setzt sich die SPD für eine ausreichende Finanzierung ein.

Öffentliche Verwaltung/Dienstleistungen

Eine wichtige Stütze einer modernen und bürgernahen Verwaltung ist das Personal der Stadtverwaltung. Die Bremerhavener SPD wird deshalb auch künftig sichere und sozial gerechte Arbeitsplätze beim Magistrat der Stadt Bremerhaven in den Mittelpunkt der Personalpolitik stellen. Die notwendigen Sparzwänge dürfen nicht zu einer Verschlechterung des Services und der Qualität der Arbeit im öffentlichen Dienst führen.

Um eine ausgewogene Altersstruktur zu erhalten, muss auf eine verantwortungsvolle Ausbildungspolitik und die damit verbundenen Chancen für junge Menschen geachtet werden. Wir werden die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und den städtischen Gesellschaften als unseren Beitrag zur Ausbildungsgarantie deutlich

steigern und gezielt BremerhavenerInnen, denen der Zugang zu Ausbildung schwerer fällt, integrieren.

Daneben ist auch ein besonderer Fokus auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu legen um mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und die interkulturellen Kompetenzen der Beschäftigten zu erweitern. Im Rahmen eines Modellversuchs wollen wir beim Magistrat der Stadt Bremerhaven die Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens testen.

Die bundesweit als vorbildlich geltenden Rahmenbedingungen und Leistungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir weiter kontinuierlich ausbauen und verbessern. Ebenso bleibt die Förderung der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für uns ein wichtiges Anliegen. Im Zuge der Herausforderungen des demographischen Wandels erwarten wir eine umfassende Konzeption mit entsprechenden Maßnahmen der Personalentwicklung und -gewinnung.

Durch die Optimierung der IT-Unterstützung und die Ausweitung der E-Government-Angebote wollen wir das Verwaltungshandeln effizienter gestalten. Dienstleistungen sollen für Bürgerinnen und Bürger leichter elektronisch beantragt werden können. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des Forderungsmanagements im Bereich des Magistrats der Stadt Bremerhaven ein.

Die Amtszeit der Magistratsmitglieder wird zukünftig an die Wahlperiode gebunden, die wir auf fünf Jahre verlängern wollen, wofür wir uns auf der Landesebene einsetzen.

Polizei

Wir werden alles Notwendige dafür tun, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Seestadt Bremerhaven und ihre Gäste sicher fühlen können.

Die kommunale Selbstständigkeit der Ortspolizeibehörde bleibt erhalten. Der kommunale Status mit seiner strukturellen Vernetzung garantiert eine Fortsetzung und nachhaltige Absicherung der erfolgreichen bürgernahen Sicherheitspolitik im Zusammenwirken mit den anderen Ämtern des Magistrats, anderen Behörden sowie Organisationen (u.a. Stadtteilkonferenzen) in Bremerhaven. Die erfolgreichen beispielgebenden Präventionsprojekte zur Verhinderung von Kriminalität und der Verkehrsunfall-Bekämpfung, kurze Reaktionszeiten durch den Einsatzdienst sowie schnelles und unmittelbares Reagieren auf Veränderungen der Kriminalitätsslagen innerhalb der Stadt sind die Indikatoren einer erfolgreichen bürgernahen Arbeit der Bremerhavener Polizei.

Die Revierstandorte werden nicht in Frage gestellt.

Die Bekämpfung der Kinder-, Jugend- und Straßenkriminalität sowie der Intensivtäter muss auch künftig Schwerpunkt polizeilicher Maßnahmen sein. Dabei muss die Polizei auch angesichts der zurückgehenden Zahlen weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Einbruchskriminalität richten und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Projektstudien in ihre Arbeit einbeziehen.

Dies alles setzt voraus, dass die Polizei mit gut ausgebildetem, motiviertem und ausreichendem Personal ausgestattet ist. Die erfolgreiche Polizeiarbeit wird weiterhin

durch moderne Einsatz- und Führungsmittel, die sich auf einem hohen Sicherheitsstandard befinden, unterstützt. Die dafür erforderlichen Finanzmittel sind einzuwerben.

Familiär- und gesellschaftspolitisch wird sich die Ortspolizeibehörde weiterhin für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen, Frauen in Führungspositionen fördern und sich dafür einsetzen, mehr Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund einzustellen.

Die Bremerhavener SPD hält die Einrichtung des Sperrbezirks für Straßenprostitution fest.

Die SPD lobt und unterstützt das konsequente Vorgehen der Bremerhavener Polizei gegen Straßenprostitution und Menschenhandel.

Für den Bereich um die Lessingstrasse ist vom Magistrat ein neues Sicherheitskonzept zu erarbeiten. Dabei sind unter anderem die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

- Einführung einer Waffenverbotszone
- polizeiliche Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle
- städtebauliche und verkehrliche Maßnahmen (z.B. Verbot der Durchfahrbarkeit)

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Überprüfung des Waffenrechts einzusetzen, mit dem Ziel, den Vertrieb und den Besitz von so genannten Anschein Waffen einzuschränken oder wenn möglich zu verbieten.

Justiz

Eine effektive und leistungsfähige Justiz gehört neben den Parlamenten und Regierungen zu den drei Eckpfeilern unserer freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen vertrauen dürfen, dass ihrem Sicherheitsbedürfnis entsprochen wird und dass sie ohne Ansehen der Person ihre berechtigten Anliegen in geordneten Verfahren in angemessener Zeit durchsetzen können.

Der Justizstandort unserer Seestadt ist gut aber noch ausbaufähig. Mit dem jetzigen Standort, dem Amtsgericht Bremerhaven, den beiden auswärtigen Kammern des Landgerichtes beim Amtsgericht Bremerhaven, der Zweigstelle der Staatsanwaltschaft, den beiden auswärtigen Kammern des Arbeitsgerichtes und der zur Zeit in Sanierung befindlichen Justizvollzugsanstalt verfügt Bremerhaven über die wesentliche Teilversorgung in der Justiz. Die Bremerhavener SPD setzt sich für den Erhalt dieser leistungs- und funktionsfähigen Strukturen ein.

Die Bremerhavener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass die Leistungs- und Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen sichergestellt wird und keine Kompetenzen nach Bremen verlagert werden.

Feuerwehr

Der Rettungsdienst wird weiterhin ausschließlich von der Feuerwehr Bremerhaven durchgeführt.

Der Bestand der Fahrzeuge und Einsatzgeräte der Feuerwehr wird auf den „Stand der Technik“, den Einsatzerfordernissen und der Einsatznotwendigkeit optimiert. Den Brandschutzbedarfsplan wollen wir mit der Schaffung einer Feuer- und Rettungswache im Norden Bremerhavens umsetzen.

Die Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote für Frauen bei der Feuerwehr müssen erhöht werden. Deshalb wird der Frauenförderplan in den nächsten Jahren weiter konsequent umgesetzt und die Zugangsvoraussetzungen zum Feuerwehrdienst daraufhin überprüft, ob sie noch sachgerecht sind.

Starker Sport - starke Stadt - Bremerhaven bewegt sich

Sport ist ein unverzichtbares Element unserer Stadtgesellschaft. Ihm kommt eine zentrale Bedeutung für das Gemeinwohl und angesichts eines beschleunigten sozialen Wandels eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion zu. Die Verzahnung des Schulsports und der Sportangebote der Vereine um Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern Wege zu einem gesünderen Lebensstil durch den Sport aufzuzeigen, ist ein wichtiges Thema der künftigen Sportpolitik.

Für die zukünftige Entwicklung des Bremerhavener Sports bildet der vorliegende Sportentwicklungsplan der Stadt Bremerhaven eine gute Grundlage. Gemeinsam mit dem organisierten Sport werden wir die weiteren Umsetzungsschritte aus dem Sportentwicklungsplan angehen.

Insbesondere gilt es, die Sportstätten noch stärker als bisher an den Erfordernissen des demografischen Wandels, der Geschlechtergerechtigkeit und der Barrierefreiheit auszurichten. Der Breitensport, mit seinen vielen Sport und Freizeitvereinen, bedarf im Rahmen unserer Möglichkeiten unserer besonderen Unterstützung. Nicht zu vergessen ist das ehrenamtliche Engagement. Im Mittelpunkt einer zeitgemäßen Sport und Vereinsförderung muss daher auch die Förderung des Ehrenamtes stehen. Die Übungsleiterpauschale werden wir auch künftig sicherstellen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden, trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten, die wichtige gesellschaftliche Aufgabe des Sports und der Sportförderung fest im Blick behalten, um dem Sport in Bremerhaven eine sichere und erfolgreiche Zukunft zu schaffen.

Kunst und Kultur in Bremerhaven

Das hochwertige und breit angelegte Kulturangebot in Bremerhaven stärkt die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. Kunst und Kultur sind ebenso innovative Bausteine des Strukturwandels und Standortfaktoren wie der Tourismus, die Windenergie oder Forschung und Technologie. Ohne Zweifel sind es in besonderem Maße die städtischen Kulturangebote, vom Stadttheater und dem Theater im Fischereihafen, der Stadtbibliothek bis hin zum Kunstmuseum und dem Pferdestall, die die Qualität des städtischen Lebens prägen.

Kulturelle Vielfalt ist zudem ein Fundament der demokratischen Stadtgesellschaft, sie ermöglicht Kommunikation, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstvergewisserung in einer sich rasch wandelnden Welt.

Die städtischen Kultureinrichtungen haben daher den Auftrag, zu allererst ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region vorzuhalten.

Daher wird die SPD dafür Sorge tragen, dass das vielfältige und hochwertige Kulturangebot auch unter schwierigen Rahmenbedingungen weiter gepflegt wird. Die SPD steht für den Erhalt des Drei-Sparten-Theaters und unterstützt das Theater in seinem Bemühen, sich sehr viel stärker als in der Vergangenheit gegenüber der Stadt zu öffnen. Das Junge Theater wird weiterhin unterstützt, um die kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen zu fördern.

Bei dieser Hinwendung zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche darf aber nicht aus den Augen verloren werden, dass das Kulturangebot gerade für Seniorinnen/Senioren eine besondere Rolle bei der Entscheidung spielt, in der Stadt wohnen zu bleiben oder sogar in die Stadt zurückzukehren. Die SPD wird darauf achten, dass das kulturelle Angebot für alle Altersgruppen attraktiv bleibt.

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum ist als nationales Museum ein wichtiger Baustein für den Tourismus und präsentiert gleichzeitig aber auch die maritime Tradition unserer Stadt. Die Renovierung und Erweiterung des DSM und die Neugestaltung der Ausstellung sind wichtige Maßnahmen, die umgesetzt werden müssen.

Die wirtschaftliche Situation der Stadt verlangt aber, dass auch im Kulturbereich geprüft wird, wie man zu einer Stabilisierung der Ausgaben gelangen kann. Alle Kultureinrichtungen müssen sich auf ihre jeweiligen Kerngeschäfte konzentrieren, Überschneidungen von Angeboten darf es nicht mehr geben.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, welche organisatorischen Maßnahmen einen besseren Mitteleinsatz ermöglichen. Dabei soll künftig angestrebt werden, dass kulturelle Einrichtungen stärker mit Schulen und der Hochschule kooperieren. Zur Verbesserung der Einnahmenseite ist zu prüfen, ob durch bessere Öffentlichkeitsarbeit der Kultureinrichtungen mehr Besucherinnen und Besucher gewonnen werden können.

Die Aufnahme der großen kulturellen Einrichtungen wie Stadttheater, Kunstmuseum oder Historisches Museum in die Tourismuswerbung ist ein wichtiger Schritt, um bei noch mehr Besucherinnen und Besuchern Interesse für die Stadt zu wecken und so die Einnahmen zu erhöhen.

Das kulturelle Angebot wird in hohem Maße auch durch private und ehrenamtliche Initiative und privaten finanziellen Einsatz unterstützt. Dieses private Engagement muss sichtbarer gemacht werden. Stadtplanung, Kreativwirtschaft und Kultur sollen aber auch neue Ideen und Impulse entwickeln.

Zur Identifikation mit der Seestadt Bremerhaven sollen Kulturamt und Erlebnis GmbH prüfen, den Namen Lale Andersen und deren Nachlass touristisch und kulturell zu nutzen. Dabei ist auch zu prüfen, den Lale Andersen Preis weiter auszuloben.

Die SPD wird nach der Wahl einen Diskurs über die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit mit allen Kulturschaffenden unserer Stadt auf den Weg bringen. Dort sollen unter anderem die Fragen einer Verknüpfung von Kultur und Tourismus, gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit mit Wirtschaftsförderung, der besseren Verknüpfung von Kultur, Jugend und Schule, bis hin zur Stadtplanung erörtert werden.

Finanzen

Die kommende Wahlperiode ist von großer Bedeutung für die Selbständigkeit des Bundeslandes Bremen. Es muss gelingen, die Neuverschuldung der Haushalte des Landes und seiner beiden Städte so weit abzusenken, dass im Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Dieser Herausforderung werden wir uns annehmen. Wir haben in den zurückliegenden Jahren unter Beweis gestellt, dass ein Haushaltsausgleich auch unter schwierigen Rahmenbedingungen gelingen kann. Die jährliche Neuverschuldung Bremerhavens wurde seit 2011 bereits um rund 50 Millionen Euro reduziert.

Den eingeschlagenen Weg des gezielten Sparens wollen wir weiter gehen. Eine sozial gerechte Verteilung von Haushaltsmitteln ist ein wesentlicher Grundpfeiler einer lebenswerten Stadt und Ausdruck der finanzpolitischen Kompetenz der SPD.

Deshalb ist es für uns auch eine Selbstverständlichkeit, den Flüchtlingen, die in unserer Stadt eine Heimat finden, die notwendige Versorgung und Betreuung sicherzustellen. Gleichzeitig müssen auch der Bund und das Land anerkennen, dass diese Leistungen nur mit deren Unterstützung dauerhaft erbracht werden können. Für entsprechende Finanzhilfen werden wir uns weiterhin stark machen. Auch wenn eine schrittweise Entlastung der Kommunen mittlerweile einsetzt, ist sie für die Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden nach wie vor nicht ausreichend.

Damit wir auch weiterhin eine gute Versorgung mit Betreuungsangeboten und guten Schulen, eine Weiterentwicklung der Quartiere und ein möglichst breites Kultur- und Sportangebot gewährleisten können, werden die Einnahmen und Ausgaben des städtischen Haushalts immer wieder auf den Prüfstand zu stellen sein. Aber selbst wenn wir alle Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung in Betracht ziehen, steht für uns fest: Eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer kommt für die SPD derzeit nicht in Frage! Für die notwendigen Ausgabenreduzierungen gilt weiterhin, dass das Rasenmäherprinzip sozial unausgewogen ist. Stattdessen setzen wir uns weiter dafür ein, durch gezielte aufgabenkritische Maßnahmen die finanziellen Spielräume zu bewahren und zu schaffen, die dem Wohl unserer Stadt dienen.

Beschlossen auf dem Unterbezirksparteitag am 3. März 2015